

Versicherungsbedingungen der fondsgebundenen Rentenversicherung mit Garantieleistung - 2008

VBFRVGL2008

Inhaltsverzeichnis

	Sprachliche Gleichbehandlung, Verweise, Begriffsbestimmungen
§ 1	Leistungen des Versicherers im Versicherungsfall
§ 2	Pflichten des Versicherungsnehmers
§ 3	Umfang des Versicherungsschutzes
§ 4	Beginn des Versicherungsschutzes
§ 5	Veranlagung in Investmentfonds
§ 6	Garantieleistung (Kapital- und Höchststandsgarantie)
§ 7	Risikoprämie, Kosten, Steuern und Gebühren
§ 8	Leistungserbringung im Versicherungsfall
§ 9	Bewertungsstichtage
§ 10	Kündigung und Rückkauf
§ 11	Kündigung und Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung
§ 12	Nachteile eines Rückkaufes oder einer Prämienfreistellung
§ 13	Vinkulierung, Verpfändung und Abtretung
§ 14	Erklärungen
§ 15	Bezugsberechtigung
§ 16	Verjährung
§ 17	Vertragsgrundlagen
§ 18	Anwendbares Recht
§ 19	Aufsichtsbehörde
§ 20	Erfüllungsort
§ 21	Kapitalwahlrecht
	Auszug aus dem Versicherungsvertragsgesetz

Sprachliche Gleichbehandlung

Soweit im Folgenden personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Verweise

Wird im Folgenden auf gesetzliche Bestimmungen verwiesen, so sind diese im Anschluss an diese Bedingungen im vollständigen Wortlaut wiedergegeben. Erfolgen Verweise auf Paragraphen ohne nähere Angabe, so bezieht sich der Verweis auf diese Versicherungsbedingungen.

Begriffsbestimmungen

Bitte lesen Sie die folgenden Begriffsbestimmungen sorgfältig durch - sie sind für das Verständnis dieser Versicherungsbedingungen unerlässlich.

Bezugsberechtigter (Begünstigter)

ist die Person, die für den Empfang der Leistung des Versicherers genannt ist.

Deckungsrückstellung

ist der Wert der Ihrer fondsgebundenen Lebensversicherung zu Grunde liegenden Investmentfondsanteile (Fondsvermögen). Den Geldwert der Deckungsrückstellung ermitteln wir durch Multiplikation der Anzahl der Fondsanteile mit dem am Bewertungsstichtag von der jeweiligen Kapitalanlagegesellschaft veröffentlichten Rücknahmekurs eines Fondsanteiles.

Garantieleistung

ist der Betrag der bei Anfall einer Versicherungsleistung zumindest zur Auszahlung gelangt. Die Garantieleistung ergibt sich aus einer Kapital- und einer Höchststandsgarantie. Sie steht erst nach Ablauf der Mindestbindefrist in voller Höhe zur Verfügung und ist in § 6 dieser Versicherungsbedingungen detailliert geregelt. Die Sicherung der Garantieleistung wird von der Capital Bank -; GRAWE Gruppe AG in 8010 Graz übernommen.

Mindestbindefrist

ist jener Zeitraum, nach dessen Ablauf die Garantieleistung in voller Höhe zur Verfügung steht.

Nettoprämiensumme

ist die Summe der Prämien über die gesamte vereinbarte Prämienzahlungsdauer ohne Versicherungsteuer und Zuschläge für erhöhte Risiken .

Rückkaufswert

ist die Leistung des Versicherers, wenn der Vertrag vorzeitig gekündigt (rückgekauft) wird.

Geschäftsplan (Tarif)

enthält die der Finanzmarktaufsicht vorgelegten, versicherungsmathematischen Berechnungsgrundlagen für Ihren Versicherungsvertrag.

Versicherer

ist die Oberösterreichische Versicherung AG
Generaldirektion: 4020 Linz, Gruberstraße 32
Firmensitz: Linz - Firmenbuchnummer: FN 36941a, LG Linz
Homepage im Internet: www.keinesorgen.at

Versicherter

ist die Person, deren Leben versichert ist.

Versicherungsnehmer

ist der Vertragspartner des Versicherers und Träger der Rechte und Pflichten aus dem Versicherungsvertrag.

Versicherungsprämie

ist das vom Versicherungsnehmer zu zahlende Entgelt.

Aufschubdauer

ist der Zeitraum vom Versicherungsbeginn bis zum vereinbarten Beginn der Rentenzahlung.

§ 1 Leistungen des Versicherers im Versicherungsfall

(1) **Erlebt** der Versicherte den vereinbarten Rentenzahlungsbeginn, wird die Rente erstmalig fällig. Der für die Berechnung der Rente zur Verfügung stehende Geldwert berechnet sich als der jeweils höhere Betrag aus dem zum maßgeblichen Bewertungsstichtag (§ 9) vorhandenen Geldwert der Deckungsrückstellung und der Garantieleistung gemäß § 6. Sie erhalten pro 1.000 Euro dieses Wertes den in Ihrer Lebensversicherungsurkunde angeführten Rentenbetrag pro EUR 1.000,--. Für Bruchteile unter 1.000 Euro erhalten Sie diesen Rentenbetrag anteilig.

Mit Beginn der Rentenzahlung wird der für die Berechnung der Rente zur Verfügung stehende Geldwert in den Deckungsstock einer nicht-fondsgebundenen, klassischen Rentenversicherung übertragen. Die Fondsbindung entfällt zu diesem Zeitpunkt; die Höhe der Rente hängt dann nicht mehr von der Fondsentwicklung ab.

(2) Bei **Ableben** des Versicherten vor Ablauf der in der Versicherungsurkunde angegebenen Mindestbindefrist leisten wir den Geldwert der Deckungsrückstellung zuzüglich 10% der in der Versicherungsurkunde angegebenen Mindesttodesfallsumme, mindestens jedoch die Mindesttodesfallsumme.

Bei **Ableben** des Versicherten nach Ablauf von 10 Jahren ab Versicherungsbeginn, jedoch vor Ablauf der in der Versicherungsurkunde angegebenen Mindestbindefrist leisten wir den jeweils höheren Betrag aus dem Geldwert der Deckungsrückstellung und der Höchststandsgarantie gemäß § 6 Absatz 3 zuzüglich 10% der in der Versicherungsurkunde angegebenen Mindesttodesfallsumme, mindestens jedoch die Mindesttodesfallsumme.

Bei **Ableben** des Versicherten nach Ablauf der in der Versicherungsurkunde angegebenen Mindestbindefrist, jedoch vor Ablauf der in der Versicherungsurkunde angegebenen Aufschubdauer leisten wir den jeweils höheren Betrag aus dem Geldwert der Deckungsrückstellung und der Garantieleistung gemäß § 6 zuzüglich 10% der in der Versicherungsurkunde angegebenen Mindesttodesfallsumme.

§ 2 Pflichten des Versicherungsnehmers

(1) Sie sind verpflichtet den Antrag und die damit verbundenen Fragen wahrheitsgemäß und vollständig auszufüllen bzw. zu beantworten. Wenn das Leben einer anderen Person versichert werden soll, ist auch diese für die wahrheitsgemäße und vollständige Beantwortung aller Fragen verantwortlich.

(2) Werden Fragen schuldhaft unrichtig oder unvollständig beantwortet, können wir innerhalb von drei Jahren seit Abschluss, Wiederherstellung oder einer die Leistungspflicht des Versicherers erweiternden Änderung des Vertrages zurücktreten. Tritt der Versicherungsfall innerhalb dieser drei Jahre ein, können wir auch noch nach Ablauf dieser Frist zurücktreten. Wir können den Rücktritt nur innerhalb eines Monats ab Kenntnis der Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Angaben erklären. Wir können nicht vom Vertrag zurücktreten, wenn wir von der Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Angaben bzw. vom Eintritt des Versicherungsfalles Kenntnis hatten oder der verschwiegene Umstand keinen Einfluss auf den Eintritt des Versicherungsfalles hatte. Bei arglistiger Täuschung können wir den Vertrag jederzeit anfechten. Wenn wir den Vertrag anfechten oder vom Vertrag zurücktreten leisten wir den Rückkaufswert (§ 10 Absatz 2). Schuldhaft unrichtige oder unvollständige Angaben können darüber hinaus nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zum Verlust des Versicherungsschutzes führen, sodass wir im Versicherungsfall nur den Rückkaufswert (§ 10 Absatz 2) leisten.

(3) An Ihren Antrag sind Sie sechs Wochen ab Antragstellung gebunden.

(4) Sie sind verpflichtet, die vereinbarten **Versicherungsprämien** (einmalige oder laufende Prämien) an uns kostenfrei und bei Fälligkeit zu bezahlen. Eine Stundung von Prämien muss mit uns im Einzelnen ausgehandelt und schriftlich vereinbart werden.

(5) Die Prämien sind laufende oder einmalige Prämien, die für uns kostenfrei zu bezahlen sind. Laufende Prämien können je nach Vereinbarung jährlich, halbjährlich, vierteljährlich oder monatlich bezahlt werden.

(6) Die erste oder einmalige Prämie wird mit Zustellung der Versicherungsurkunde, nicht aber vor Versicherungsbeginn **fällig** und ist sodann innerhalb von zwei Wochen zu bezahlen. Folgeprämien sind zu

dem in der Versicherungsurkunde angegebenen Fälligkeitstag zu bezahlen.

(7) Wenn Sie die **erste oder eine einmalige Prämie** nicht rechtzeitig bezahlen, sind wir leistungsfrei und können vom Vertrag zurücktreten, es sei denn Sie waren an der rechtzeitigen Zahlung ohne Verschulden verhindert. Es gilt als Rücktritt unsererseits, wenn wir die erste oder einmalige Prämie nicht innerhalb von drei Monaten vom Fälligkeitstag an gerichtlich geltend machen. Bei einem Rücktritt sind die Kosten der ärztlichen Untersuchung von Ihnen zu bezahlen.

(8) Wenn Sie eine **Folgeprämie** nicht rechtzeitig bezahlen, erhalten Sie eine schriftliche Mahnung. Bezahlen Sie den Rückstand nicht innerhalb der in der Mahnung festgesetzten Frist von mindestens zwei Wochen, können wir den Vertrag zum Ablauf der festgesetzten Frist kündigen, es sei denn Sie waren an der rechtzeitigen Zahlung ohne Verschulden verhindert. Im Falle unserer Kündigung vermindert sich Ihr Versicherungsschutz auf die prämielfreie Versicherungsleistung (§ 11 Absatz 3). Bei Unterschreitung der Mindestsumme gemäß § 11 Absatz 2 entfällt der Versicherungsschutz zur Gänze.

(9) Die Folgeprämien können nur im Lastschriftverfahren (mittels Erteilung eines Abbuchungsauftrag oder einer Einzugsermächtigung) gezahlt werden. Wir buchen die fälligen Prämien von dem uns angegebenen Konto ab. Erfolgt die Zahlung, insbesondere aufgrund der Nichtdurchführung einer Lastschrift, aus von Ihnen zu vertretenden Gründen verspätet, so sind wir als Versicherer berechtigt, Ihren Vertrag in eine prämielfreie Versicherung umzuwandeln (§ 11). Das Einlangen der Folgeprämien zum Fälligkeitstag, welche durch das Lastschriftverfahren gewährleistet wird, ist zur zeitgerechten Veranlagung des zu veranlagenden Teiles der Folgeprämien (§ 5 Absatz 1) erforderlich. Sollte die Zahlung im Lastschriftverfahren - aus welchen Gründen auch immer - nicht möglich sein, kann vereinbart werden, dass bei jährlicher Zahlweise die Prämienzahlung mittels Zahlschein erfolgt. In diesem Fall haben Sie dafür Sorge zu tragen, dass die Prämie bis zum Fälligkeitstag einbezahlt wird.

§ 3 Umfang des Versicherungsschutzes

(1) Es besteht Versicherungsschutz nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen unabhängig davon auf welcher Ursache der Versicherungsfall beruht.

- (2) Voller Versicherungsschutz besteht, wenn das Ableben erfolgt
- a) als Fluggast eines zum zivilen Luftverkehr zugelassenen Motor-, Strahlantriebs-, Segelflugzeuges oder Hubschraubers (Personenbeförderung),
 - b) als ziviler Fluggast eines zur Personenbeförderung eingesetzten Militärflugzeuges oder Militärhubschraubers,
 - c) als Mitglied der Besatzung eines zum zivilen Luftverkehr zugelassenen Motorflugzeuges (nicht jedoch eines Hubschraubers), eines Strahlantriebs- oder Segelflugzeuges, wenn der Versicherte die behördlich vorgeschriebenen Genehmigungen für die von ihr ausgeübten Tätigkeiten besitzt,
 - d) in Zusammenhang mit einem Fallschirmabsprung, der zur Rettung des eigenen Lebens ausgeführt wurde.

(3) Nur den Rückkaufswert (§ 10 Absatz 2) bezahlen wir, sofern nicht im Einzelnen etwas anderes schriftlich vereinbart wurde, bei Ableben

- a) infolge Benützung eines Fluggerätes anderer Art, als der in Absatz 2 genannten (z.B. eines Hängegleiters, Ballons, Sportfallschirmes),
- b) infolge Benützung eines Fluggerätes in anderer Eigenschaft als in Absatz 2 genannt (z.B. Fluglehrer, Flugschüler, Hubschrauberbesatzung, Probe-, Werkstatt-, Agrar-, Kunst-, Wettbewerbs-, Test-, Militärflüge),
- c) in Ausübung einer gefährlichen Sportart (z.B. Extremklettern, Tiefseetauchen),
- d) infolge Teilnahme an Wettfahrten oder zugehörigen Trainingsfahrten in einem Land-, Luft- oder Wasserkraftfahrzeug.

(4) Ausschließlich den Rückkaufswert (§ 10 Absatz 2) leisten wir

- a) bei **Selbstmord** des Versicherten innerhalb von drei Jahren nach Abschluss, Wiederherstellung oder einer der Leistungspflicht des Versicherers erweiternden Änderung des Vertrages. Wird uns nachgewiesen, dass Selbstmord in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit begangen wurde, besteht hingegen voller Versicherungsschutz.
- b) in Versicherungsfällen, die entstehen, weil Österreich in kriegerische Ereignisse verwickelt wird oder von einer nuklearen, biologischen, chemischen oder durch Terrorismus ausgelösten Katastrophe betroffen ist,
- c) bei Ableben
 - infolge Teilnahme an **kriegerischen Handlungen**,
 - infolge Teilnahme an **Unruhen** auf Seiten der Unruhestifter oder
 - durch die Begehung oder den Versuch der Begehung **gerichtlich strafbarer Handlungen**, für die Vorsatz Tatbestandsmerkmal ist.

§ 4 Beginn des Versicherungsschutzes

(1) Der Versicherungsschutz beginnt, sobald wir die Annahme Ihres Antrages schriftlich oder durch

Zustellung der Versicherungsurkunde erklärt und Sie die erste oder einmalige Prämie rechtzeitig (§ 2 Absatz 6) bezahlt haben. Vor dem in der Versicherungsurkunde angegebenen Versicherungsbeginn besteht jedoch kein Versicherungsschutz.

(2) Ihr Versicherungsvertrag ist mit vorläufigem Sofortschutz ausgestattet.

Der vorläufige Sofortschutz erstreckt sich auf die für den Todesfall beantragten Summen, höchstens auf EUR 100.000 für einen Versicherten, auch wenn insgesamt höhere Summen auf das Leben desselben Versicherten beantragt sind. Sofortschutz besteht, wenn der Versicherte zum Zeitpunkt der Antragstellung voll arbeitsfähig ist und nicht in ärztlicher Behandlung oder Kontrolle steht.

Der vorläufige Sofortschutz beginnt mit Eingang des Antrages in der Generaldirektion des Versicherers, frühestens jedoch mit dem beantragten Versicherungsbeginn. Der Sofortschutz endet in allen Fällen mit Zustellung der Versicherungsurkunde, wenn die Annahme des Antrages abgelehnt wird oder der Sofortschutz gekündigt wird, spätestens jedoch 6 Wochen nach Antragstellung.

Für den Zeitraum des vorläufigen Sofortschutzes berechnen wir die anteilige Prämie, die entweder im Rahmen der Erstprämie oder aber -; im Falle der Ablehnung des Antrages -; gesondert vorgeschrieben wird. Eine darüber hinausgehende Prämie werden wir nicht berechnen. Wenn wir aufgrund des Sofortschutzes leisten, verrechnen wir die erste Jahresprämie oder die einmalige Prämie.

Voraussetzung für den vorläufigen Sofortschutz ist, dass alle mit dem Vertragsabschluss verbundenen Fragen wahrheitsgetreu und vollständig beantwortet wurden. Eine schuldhaft unrichtige oder unvollständige Beantwortung von Fragen oder eine arglistige Täuschung berechtigen uns zum Rücktritt oder zur Anfechtung des Vertrages.

Vorläufiger Sofortschutz besteht weiters nur insoweit, als die Versicherungsbedingungen keine Einschränkungen oder Ausschlüsse vorsehen.

Kein vorläufiger Sofortschutz besteht in folgenden Fällen:

- absichtliche Herbeiführung des Versicherungsfalles
- Benützung eines Fluggerätes (Sofortschutz besteht jedoch für Passagiere in zur Personenbeförderung zugelassenen Flugzeugen)
- Ausübung einer gefährlichen Sportart
- Teilnahme an Wettfahrten oder zugehörigen Trainingsfahrten in einem Land-, Luft- oder Wasserkraftfahrzeug
- Teilnahme an Landes-, Bundes- oder internationalen Wettbewerben auf dem Gebiet des Schilaufens, Schispringens, Schibob- oder Skeletonfahrens sowie am offiziellen Training dazu
- Lenken eines Kraftfahrzeuges ohne die erforderliche kraftfahrrechtliche Berechtigung
- Versuch oder Begehung gerichtlich strafbarer Handlungen
- Alkohol-, Medikamenten-, Drogenmissbrauch
- Versicherungsfälle im Zusammenhang mit Kriegsereignissen

§ 5 Veranlagung in Investmentfonds

(1) Ihre Versicherungsprämien werden nach Abzug der gesetzlichen Versicherungssteuer, der Risikoprämie, der Kosten und Gebühren (§ 7) im "Value Investment Fonds" (ISIN AT0000990346) veranlagt. Fonds-Ausschüttungen und KEST-Rückerstattungen führen wir ebenfalls diesem Investmentfonds zu. Die Risikoprämie sowie die Abschlusskosten und den variablen Teil der Verwaltungskosten reduzieren die Deckungsrückstellung. Den fixen Teil der Verwaltungskosten sowie die Gebühren entnehmen wir der laufenden Prämie. Die Umschichtung des veranlagten Kapitals in einen anderen Investmentfonds ist nicht möglich.

(2) Im Falle, dass die Entwicklung des Fonds die Erhaltung der gemäß § 6 vereinbarten Garantieleistungen nicht mehr erwarten lässt, kann eine Risikoabsicherung durch Umschichten des veranlagten Kapitals in einen anderen Fonds mit konservativerem Anlagerichtlinien (Anleihenfonds ohne Aktienbeimischung) erfolgen. Die Umschichtung ist jedenfalls nur dann zulässig, wenn die Differenz zwischen dem risikofreien Zinssatz (Referenzwert Rendite von deutschen Staatsanleihen) und jener Rendite, die zur Garantierreichung nötig ist, kleiner als 1,5 Prozentpunkte wird. Über eine solche Umschichtung werden wir Sie rechtzeitig informieren.

(3) Bei der fondsgebundenen Rentenversicherung tragen Sie während der Aufschubdauer vorbehaltlich der in § 6 beschriebenen Garantieleistung das volle Veranlagungsrisiko. Bei Kurssteigerungen erzielen Sie Wertzuwächse, Kursrückgänge führen zu Wertminderungen. Bei Veranlagung in Investmentfonds, die in einer Fremdwährung notieren, unterliegen diese Währungskursschwankungen, die den Wert der Fondsanteile zusätzlich beeinflussen können. Die Wertentwicklung eines Investmentfonds in der Vergangenheit lässt keine Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung eines Fonds zu.

(4) Kapitalanlagegesellschaft ist die Security KAG, Burgring 16, 8010 Graz, Internet: www.security.at, registriert beim Landesgericht für Zivilrechtssachen in Graz unter der Firmenbuchnr.: 37724 b. Eine Kapitalanlagegesellschaft kann sowohl den Ankauf von Investmentfondsanteilen verweigern als auch einen Investmentfonds schließen. Ebenso können wir aus wichtigem Grund einen Investmentfonds mit Wirkung sowohl für die Neuanlage als auch für bereits erworbene Investmentfondsanteile aus dem Angebot zu Ihrer fondsgebundenen Lebensversicherung entfernen. Ein solcher wichtiger Grund, welcher nicht in der Verantwortung des Versicherers liegt, ist insbesondere dann gegeben, wenn der Investmentfonds nicht mehr oder nur eingeschränkt oder nicht mehr täglich handelbar ist, die Fondsgesellschaft Mindestabnahmemengen vorgibt oder einem Investmentfonds die Vertriebszulassung für Österreich entzogen wird.

(5) Wird ein von Ihnen gewählter Investmentfonds geschlossen, aus unserer Auswahl entfernt, mit einem anderen Fonds zusammengelegt, oder wird die Ausgabe von Anteilen eingestellt, werden wir Sie darüber informieren und - außer bei der Zusammenlegung von Fonds - auffordern, binnen eines Monats einen anderen Investmentfonds mit Wirkung für die Neuveranlagung und gegebenenfalls auch für bestehende Investmentfondsanteile aus unserem Angebot auszuwählen. Falls Sie sich nicht innerhalb dieser Frist entscheiden, wird das ab diesem Zeitpunkt zu veranlagende und gegebenenfalls das schon veranlagte Kapital in einen Ersatzfonds, dessen Anlageziel und Anlagepolitik dem bisherigen Fonds weitgehend entspricht, übertragen.

(6) Nachteile aus einer zeitlichen Verzögerung der Veranlagung, die auf ein Verschulden des Versicherungsnehmers zurückzuführen sind, wie etwa die verspätete Zahlung einer fälligen Prämie, trägt der Versicherungsnehmer.

(7) Mit Beginn der Rentenzahlung wird der für die Berechnung der Rente zur Verfügung stehende Geldwert in den Deckungsstock einer nicht-fondsgebundenen, klassischen Rentenversicherung übertragen. Die Fondsbindung entfällt zu diesem Zeitpunkt; die Höhe der Rente hängt dann nicht mehr von der Fondsentwicklung ab.

§ 6 Garantieleistung (Kapital- und Höchststandsgarantie)

(1) Die Garantieleistung ergibt sich aus einer **Kapital- und einer Höchststandsgarantie**. Die Sicherung dieser Garantieleistung wird von der Capital Bank - GRAWE Gruppe AG (Firmensitz: Burgring 16, 8010 Graz; Internet: www.capitalbank.at; registriert beim Landesgericht für Zivilrechtssachen in Graz unter der Firmenbuchnr.: 112471 z) **hinsichtlich der im "Value Investment Fonds" veranlagten Prämien** übernommen. Der Versicherer haftet nicht für die Erfüllung der Garantiezusagen.

(2) Kapitalgarantie:

Die Kapitalgarantie wird nach Ablauf der in der Versicherungsurkunde angegebenen Mindestbindefrist geboten. Sie umfasst die einbezahlten Prämien ohne Versicherungssteuer und ist in ihrer Höhe von der vereinbarten Aufschubdauer und der Mindestbindefrist wie folgt ab.

a) Verträge gegen laufende Prämie:

Vereinbarte Aufschubdauer	Mindestbindefrist	Kapitalgarantie auf bezahlte Prämien ohne Versicherungssteuer
10 bis 14 Jahre	10 Jahre	90 %
15 bis 19 Jahre	15 Jahre	95 %
ab 20 Jahren	20 Jahre	100 %

b) Verträge gegen Einmalprämie:

Bei **Versicherungen gegen einmalige Prämienzahlung** beträgt die Kapitalgarantie bei einer Mindestbindefrist von 10 Jahren 100% der eingezahlten Einmalprämie ohne Versicherungssteuer. Die **Mindestbindefrist** beträgt bei Versicherungen gegen einmalige Prämienzahlung unabhängig von der vereinbarten Aufschubdauer 10 Jahre.

(3) Höchststandsgarantie:

Die Höchststandsgarantie wird unabhängig von der Mindestbindefrist nach Ablauf von 10 Jahren ab Versicherungsbeginn geboten.

Die Höchststandsgarantie besagt, dass zumindest 90% des höchsten Wertes - bezogen auf die jeweils veranlagte Prämie -, den der Fonds seit Beginn des Vertrages erreicht hat, bis zum Ende der Aufschubdauer erhalten bleiben.

Die veranlagte Prämie ist gemäß § 5 Absatz 1 die einbezahlte Versicherungsprämie nach Abzug der gesetzlichen Versicherungssteuer, der Risikoprämie, der Kosten und Gebühren (§ 7).

(4) Versicherungsleistungen, die vor Ablauf von 10 Jahren anfallen (z.B.

Ablebensleistung oder Rückkaufswert), **sind von den Garantieleistungen nicht umfasst**. In diesen Fällen erfolgt die Rücklösung der entsprechenden Fondsanteile zum sogenannten Net Asset Value, das ist der Wert eines Fondsanteiles zu dem in § 9 definierten Bewertungsstichtag. Versicherungsleistungen, die nach Ablauf von 10 Jahren jedoch vor Ablauf der Mindestbindefrist anfallen, sind von der Höchststandsgarantie umfasst. In diesen Fällen erfolgt die Rücklösung der entsprechenden Fondsanteile zum höheren Wert aus dem Net Asset Value und der Höchststandsgarantie. Versicherungsleistungen, die nach Ablauf der Mindestbindefrist anfallen, sind sowohl von der Höchststandsgarantie als auch von der Kapitalgarantie umfasst. In diesen Fällen erfolgt die Rücklösung der entsprechenden Fondsanteile zum höchsten Wert aus dem Net Asset Value, der Höchststandsgarantie und der Kapitalgarantie.

(5) Garantieleistung bei Erhöhung der Prämienzahlung:

Erhöhungen der Versicherungsprämien während der Aufschubdauer sind - ausgenommen den nachfolgend angeführten Fall - von der Kapital und Höchststandsgarantie umfasst, sofern sie zumindest 5 Jahre vor Ablauf der Aufschubdauer erfolgt sind und zum Zeitpunkt der Vertragsbeendigung die Mindestbindefrist abgelaufen ist.

Von den Garantien **nicht** umfasst, sind jene Erhöhungen, die in den letzten 10 Jahren vor Ablauf der Aufschubdauer erfolgen und die die Prämiensumme mehr als verdoppeln. Relevant dafür ist jene Prämiensumme, die zu Beginn der 10. Versicherungsjahres vor Ablauf der Aufschubdauer bestanden hat.

(6) Garantieleistung bei Reduktion der Prämienzahlung:

Die Prämienzahlung kann nach Maßgabe des § 11 verringert oder zur Gänze eingestellt werden, ohne dass die zugesagten Garantien verloren gehen. Erfolgt in der Folge eine allfällige Erhöhung der Prämie bis zum ursprünglichen Wert bzw. eine Wiederaufnahme der Prämienzahlung bis zum ursprünglichen Ausmaß innerhalb von 2 Jahren ab Verringerung bzw. Einstellung der Prämienzahlung wird die zugesagte Kapital- und Höchststandsgarantie für alle vorangegangenen und zukünftigen Prämienzahlungen gewahrt. Für Erhöhungen, die nicht innerhalb von zwei Jahren ab Verringerung bzw. Einstellung der Prämienzahlung erfolgen oder die über den ursprünglichen Wert der Prämie hinaus gehen, gelten die

Bestimmungen des Absatz 5.

(7) Verlängerungen und Verkürzungen der Aufschubdauer:

Verlängerungen können während der vereinbarten Aufschubdauer jederzeit erfolgen, ohne dass die bei Vertragsabschluss zugesagten Garantien verloren gehen.

Verkürzungen der Aufschubdauer sind möglich, ohne dass die zugesagten Garantien verloren gehen, sofern die in der Versicherungsurkunde vereinbarte Mindestbindefrist nicht unterschritten wird.

(8) Teilrückkauf (Teilauszahlung):

Ein Teilrückkauf ist nach Maßgabe des § 10 möglich. Im Falle eines Teilrückkaufes reduziert sich die Garantieleistung im Verhältnis der Teilauszahlung zum zum Zeitpunkt des Teilrückkaufes aktuellen Betrag der Garantieleistung.

(9) Eine Aufschubdauer von weniger als 10 Jahren ist nicht zulässig.

§ 7 Risikoprämie, Kosten, Steuern und Gebühren

(1) Die Versicherungssteuer wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von Ihren Versicherungsprämien in Abzug gebracht. Weiters verrechnen wir Ihnen für unsere Leistungen im Rahmen Ihrer fondsgebundenen Lebensversicherung Prämienanteile zur Deckung des Ablebensrisikos (lit. a), Abschlusskosten (lit. b) sowie Verwaltungskosten (lit. c).

a) Deckung des Ablebensrisikos :

Die Prämienanteile zur Deckung des Ablebensrisikos (Risikoprämien) richten sich nach dem Alter und dem Geschlecht des Versicherten sowie der für den Todesfall vereinbarten Leistungen und der Vertragslaufzeit. Bei der Berechnung des relevanten Alters wird ein begonnenes Lebensjahr als voll gerechnet, wenn davon am Tag, an welchem laut Lebensversicherungsurkunde das erste Versicherungsjahr beginnt, mehr als sechs Monate vergangen sind. Die Risikoprämien errechnen sich jährlich aus der Differenz zwischen der für den Todesfall vereinbarten Leistungen und dem Geldwert der Deckungsrückstellung, multipliziert mit der Ablebenswahrscheinlichkeit nach Maßgabe der für den jeweiligen Tarif geltenden Sterbetafel mit den von der Aktuarvereinigung Österreichs empfohlenen Modifikationen.

Für die Übernahme erhöhter Risiken - insbesondere wegen Krankheit, Beruf, Sport - werden wir Zusatzprämien zur Versicherungsprämie oder besondere Bedingungen mit Ihnen vereinbaren. Die für den vereinbarten Tarif geltende Sterbetafel ist in der Beilage "Rechnungsgrundlagen und Kosten" zu Ihrer Versicherungsurkunde bezeichnet.

b) Abschlusskosten :

Die Abschlusskosten werden zu Beginn Ihres Versicherungsvertrages fällig und werden in den ersten 5 Jahren von Ihrer Deckungsrückstellung abgezogen. Aufgrund der Verrechnung der Abschlusskosten in den ersten 5 Jahren steht anfänglich nur ein Rückkaufswert zur Verfügung, der wesentlich geringer ist als die Summe Ihrer Einzahlungen.

Bei einer Beendigung Ihrer Lebensversicherung oder bei einer Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung findet § 176 Absatz 5 Versicherungsvertragsgesetz (VersVG) Anwendung.

Die nach Maßgabe des vereinbarten Tarifs für die Berechnung der Abschlusskosten herangezogenen Kostensätze sind in der Beilage "Rechnungsgrundlagen und Kosten" zu Ihrer Versicherungsurkunde ausgewiesen.

c) Verwaltungskosten während der Aufschubdauer :

Den variablen Teil der jährlichen **Verwaltungskosten** entnehmen wir der Deckungsrückstellung, den fixen Anteil bringen wir von der Prämie in Abzug.

Die nach Maßgabe des vereinbarten Tarifs für die Berechnung der Verwaltungskosten herangezogenen Kostensätze sind in der Beilage "Rechnungsgrundlagen und Kosten" zu Ihrer Versicherungsurkunde ausgewiesen.

d) Verwaltungskosten während der Rentenzahlung:

Die jährlichen Verwaltungskosten betragen 1,5 % einer Jahresrente. Diese Kostenbestandteile berücksichtigen wir bereits bei der Kalkulation Ihrer Rente; sie werden daher nicht gesondert in Rechnung gestellt.

(2) Die Risikoprämie sowie die Abschlusskosten und den variablen Teil der Verwaltungskosten entnehmen wir der Deckungsrückstellung. Setzt sich die Deckungsrückstellung Ihrer Versicherung aus Anteilen mehrerer Fonds zusammen, so entnehmen wir die Risikoprämien und die Kostenanteile im Verhältnis der Werte der einzelnen Teildeckungsrückstellungen. Den fixen Teil der Verwaltungskosten sowie die Gebühren bringen wir von der laufenden Prämie in Abzug.

(3) Bei Versicherungen gegen Einmalprämie und prämienfreien Versicherungen kann die vereinbarte Entnahme aller Prämienanteile und Kosten gemäß Absatz 2 bei Kursrückgängen dazu führen, dass die Deckungsrückstellung vor Ablauf der vereinbarten Aufschubdauer aufgebraucht ist. In diesem Fall endet der Vertrag ohne Rückvergütungsansprüche. Wir werden Sie hierüber unverzüglich informieren.

(4) Die Rechnungsgrundlagen für die Ermittlung aller Prämienanteile und Kosten nach den Absatz 1 sind Teil der versicherungsmathematischen Grundlagen des jeweiligen Tarifes. Diese können für bestehende Verträge von uns nicht verändert werden. Ihre korrekte Anwendung ist von der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) jederzeit überprüfbar.

(5) Die Fondsanteile kaufen wir zum jeweils aktuellen Ausgabepreis (Ausgabekurs) spesenfrei ohne Ausgabeaufschläge.

(6) Für durch Sie veranlasste Mehraufwendungen verrechnen wir angemessene **Gebühren**. Die Höhe der Gebühr für Mahnung, die Ausstellung von Zahlscheinen und das Ausstellen einer Ersatzurkunde ist in der Beilage "Rechnungsgrundlagen und Kosten" zu Ihrer Lebensversicherungsurkunde ausgewiesen.

(7) Diese Gebühren sind wertgesichert und verändern sich ab Januar eines jeden Kalenderjahres in demselben Ausmaß, in dem sich der von der STATISTIK AUSTRIA monatlich verlaublichte Verbraucherpreisindex 2000 oder ein von Amts wegen an seine Stelle tretender Index gegenüber dem für

den Monat Januar des Jahres des Inkrafttretens des Tarifes verändert hat. Der Versicherer ist dessen unbeschadet berechtigt, geringere als die sich nach dieser Indexklausel ergebenden Gebühren zu verlangen, ohne dass dadurch das Recht verloren geht, für die Zukunft wieder die indexkonformen Gebühren zu verlangen. Aus der Nichtgeltendmachung über einen längeren Zeitraum können keine Rechte, insbesondere kein Verzicht, abgeleitet werden.

§ 8 Leistungserbringung durch den Versicherer

(1) Für die Erbringung von Leistungen aus dem Vertrag können wir die Übergabe der Versicherungsurkunde verlangen. Bei Verlust einer auf Überbringer lautenden Versicherungsurkunde können wir die Leistungserbringung von der gerichtlichen Kraftloserklärung der Versicherungsurkunde abhängig machen. Im Ablebensfall sind zusätzlich auf Kosten des Bezugsberechtigten eine amtliche Sterbeurkunde und ein Nachweis über die Todesursache des Versicherten vorzulegen. Zusätzlich können wir auf unsere Kosten ärztliche oder weitere amtliche Nachweise verlangen.

(2) Die Versicherungsleistung ist nach Eintritt des Versicherungsfalles und Abschluss der Erhebungen zu Versicherungsfall und Leistungsumfang fällig.

(3) Leistungen an einen im Ausland wohnhafte Berechtigten (Bezugsberechtigten) erbringen wir, sobald uns (behördlich) nachgewiesen wird, dass wir die Zahlung ohne Gefahr der Haftung für unberichtigte Steuern vornehmen dürfen. Für eine Überweisung innerhalb der Europäischen Union tragen wir die Kosten einer Inlandsüberweisung; darüber hinausgehende Kosten trägt der Zahlungsempfänger. Bei Überweisungen außerhalb der Europäischen Union trägt der Empfänger die Gefahr und die Kosten.

(4) Rentenleistungen erbringen wir auf ein Pensionskonto des Berechtigten, das bei einem Kreditinstitut geführt wird, welches in einem der Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. Außerdem können wir jährlich einen schriftlichen Nachweis darüber verlangen, dass der Versicherte noch am Leben ist.

(5) Die Leistung erbringen wir in Geld. Anstelle der Geldleistung kann der Anspruchsberechtigte verlangen, dass wir die Anteile der von ihm gewählten Investmentfonds bis zur Höhe des vorhandenen Geldwerts der Deckungsrückstellung übertragen. Über den Geldwert der Deckungsrückstellung hinausgehende Leistungen, insbesondere Garantieleistungen, die über den Geldwert der Deckungsrückstellung hinaus gehen, sowie Bruchteile von Fondsanteilen erbringen wir in Geld. Im Falle der Kündigung muss dieses Wahlrecht mit dem Kündigungsschreiben, im Todesfall mit dessen Meldung ausgeübt werden. Für die Leistung im Erlebensfall ist uns eine Ausübung bis einen Monat vor Vertragsablauf schriftlich mitzuteilen. Erreicht der Geldwert der Deckungsrückstellung nicht mindestens EUR 1.000,--, so erbringen wir die Leistung in Geld. Wird die Leistung in Fondsanteilen erbracht, reduzieren sich unsere Leistungen um die angefallenen Übertragungskosten.

§ 9 Bewertungsstichtage

(1) Die Umrechnung von Investmentfonds-Anteilen in Euro oder umgekehrt wird zu bestimmten Stichtagen vorgenommen. Bewertungsstichtag ist jeweils der letzte Börsetag im Monat.

Es gelten nachfolgende Kriterien für die Bewertung und Stichtage als vereinbart:

im Todesfall:

- für die Feststellung der Anzahl der Anteile ist der erste Bewertungsstichtag nach dem Todestag maßgeblich
- für die Bewertung dieser Anteile (Geldwert) ist der erster Bewertungsstichtag nach Eingang der Meldung und Vorliegen aller für die Auszahlung erforderlichen Unterlagen maßgeblich

im Erlebensfall: letzter Bewertungsstichtag vor Ablauf der Aufschubdauer

bei Kündigung: der unmittelbar vor dem jeweiligen Kündigungstermin liegende Bewertungsstichtag, sofern er nicht mit diesem zusammenfällt

bei Prämienzahlung:

- bei laufender Prämienzahlung ist der Bewertungsstichtag derjenige, welcher der Fälligkeit der Prämienzahlung unmittelbar vorausgeht;
- bei Einmalzahlung, Nachzahlung von Prämien, Rückzahlung einer Vorauszahlung: der nach Ablauf einer Frist von 2 Wochen auf den Eingang der Zahlung beim Versicherer nachfolgende Bewertungsstichtag

bei Entnahme von Risikoprämien und Kosten: der für die Prämienzahlung geltende Bewertungsstichtag

Herabsetzung der Prämien/Umwandlung in prämienfreie Versicherung: der nach Ablauf einer Frist von 3 Wochen nach Eingang des Antrags beim Versicherer nächstfolgende Bewertungsstichtag

(2) Wird an einem Bewertungsstichtag gemäß Absatz 1 kein Kurs ermittelt oder findet an diesem Stichtag kein Ankauf oder Verkauf von Investmentfonds-Anteilen der Kapitalanlagegesellschaft statt, so verwenden wir stattdessen den ersten Tag mit Kursermittlung für Ankauf oder Verkauf von Investmentfonds-Anteilen, der auf diesen Stichtag folgt.

§ 10 Kündigung und Rückkauf

(1) Sie können Ihren Versicherungsvertrag **während der Aufschubdauer** schriftlich ganz oder teilweise kündigen:

- jederzeit mit Wirkung zum Schluss des laufenden Versicherungsjahres

- während eines Versicherungsjahres mit einmonatiger Frist mit Wirkung zum Monatsende, frühestens jedoch mit Wirkung zum Ende des ersten Versicherungsjahres.

(2) Im Falle der Kündigung Ihrer Versicherung erhalten Sie den Rückkaufswert. Der Rückkaufswert entspricht dem höheren Betrag aus dem Geldwert der Deckungsrückstellung (Fondsvermögen) zum vereinbarten Stichtag gemäß § 9 und einer allfälligen Garantieleistung nach Maßgabe des § 6 Absatz 4, vermindert um einen Abschlag. Dieser Abschlag beträgt 2 % des Geldwertes der Deckungsrückstellung. Der Rückkaufsabschlag entfällt, wenn zum Zeitpunkt des Rückkaufes die ersten 5 Jahre der vereinbarten Versicherungsdauer bereits abgelaufen sind.

Prämienrückstände werden vom Rückkaufswert abgezogen.

Bei Rückkauf innerhalb der ersten 5 Jahre findet § 176 Absatz 5 Versicherungsvertragsgesetz Anwendung.

(3) Eine teilweise Kündigung ist ausgeschlossen, wenn der Geldwert der verbleibenden Deckungsrückstellung EUR 1.000 unterschreitet.

(4) Ein Rückkauf nach der ersten Rentenauszahlung ist ausgeschlossen.

§ 11 Kündigung und Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung

(1) Sie können die Umwandlung Ihres Versicherungsvertrages in eine prämienfreie Versicherung schriftlich beantragen

- jederzeit mit Wirkung zum Schluss des laufenden Versicherungsjahres,
- innerhalb eines Versicherungsjahres mit einmonatiger Frist mit Wirkung zum Monatsende, frühestens jedoch mit Wirkung zum Ende des ersten Versicherungsjahres.

(2) Voraussetzung für die Prämienfreistellung ist, dass der Geldwert der Deckungsrückstellung die Mindestbetrag von EUR 1.000 nicht unterschreitet. Im Falle der Unterschreitung wird der Rückkaufswert ausbezahlt und der Vertrag beendet.

(3) Im Falle der Umwandlung Ihres Versicherungsvertrages in eine prämienfreie Versicherung wird die vereinbarte Mindesttodesfallsumme entsprechend der folgenden Bestimmungen gekürzt, indem die Summe der bis zum Zeitpunkt der Prämienfreistellung bezahlten Prämien als Prämiensumme und Berechnungsgrundlage herangezogen wird. Die Mindesttodesfall-Leistung bei Prämienfreistellung wird dann, sofern nichts anderes vereinbart wird, mit dem selben Prozentsatz der Prämiensumme berechnet, der vor dem Zeitpunkt der Prämienfreistellung vereinbart war.

Bei Prämienfreistellung innerhalb der ersten 5 Jahre findet § 176 Absatz 5 Versicherungsvertragsgesetz Anwendung.

§ 12 Nachteile eines Rückkaufes oder einer Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung

Die Kündigung oder Prämienfreistellung Ihres Versicherungsvertrages ist mit Nachteilen verbunden. Der Rückkaufswert liegt, besonders in den ersten Jahren, deutlich unter der Summe der einbezahlten Prämien. Aufgrund der bei Vertragsabschluss anfallenden Abschlusskosten steht in der ersten Zeit nach Versicherungsbeginn, ein geringer Rückkaufswert bzw. prämienfreie Versicherungsleistung zur Verfügung. Verbindliche Rückkaufswerte können aufgrund der nicht absehbaren Entwicklung der Investmentfonds nicht angegeben werden. Die Rückzahlung der einbezahlten Prämien ist ausgeschlossen.

§ 13 Vinkulierung, Verpfändung und Abtretung

(1) Eine **Verpfändung** oder **Abtretung** ist uns gegenüber nur und erst dann wirksam, wenn sie uns schriftlich angezeigt wird. Bestehen berechtigte Zweifel an einer angezeigten Verpfändung oder Abtretung, können wir im Leistungsfall verlangen, dass uns der Pfandgläubiger oder Zessionar sein Recht nachweist.

(2) Eine **Vinkulierung** bedarf neben der schriftlichen Anzeige zu ihrer Wirksamkeit auch unserer Zustimmung.

§ 14 Erklärungen

Alle Ihre Erklärungen sind gültig, wenn sie schriftlich erfolgen und uns zugegangen sind. Unsere Erklärungen erfolgen ebenfalls schriftlich.

Nach Eintritt des Versicherungsfalles können wir eine Ablehnung, einen Rücktritt oder eine Anfechtung auch einem berechtigten Dritten gegenüber erklären. Wenn Sie Ihren Wohnort wechseln, müssen Sie uns Ihre neue Adresse mitteilen, andernfalls richten wir unsere Erklärungen rechtswirksam an Ihre letzte uns bekannte Adresse. Wenn Sie Ihren Wohnort außerhalb der Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum nehmen, müssen Sie uns eine Person innerhalb Österreichs benennen, die bevollmächtigt ist, unsere Erklärungen an Sie entgegenzunehmen.

§ 15 Bezugsberechtigung

(1) Sie bestimmen, wer bezugsberechtigt ist. Der Bezugsberechtigte erwirbt das Recht auf die Leistung mit Eintritt des Versicherungsfalles. Bis dahin können Sie die Bezugsberechtigung jederzeit ändern. Änderung und Widerruf der Bezugsberechtigung müssen uns schriftlich angezeigt werden.

(2) Sie können auch bestimmen, dass der Bezugsberechtigte das Recht auf die künftige Leistung unwiderruflich und damit sofort erwerben soll. Dann kann das Bezugsrecht nur noch mit dessen Zustimmung geändert werden.

(3) Ist die Versicherungsurkunde auf den Überbringer ausgestellt, können wir verlangen, dass der Überbringer der Versicherungsurkunde uns seine Berechtigung nachweist. Bei Verlust der Versicherungsurkunde können wir vor Ausstellung einer Ersatzurkunde verlangen, dass die Originalurkunde gerichtlich für kraftlos erklärt wird.

§ 16 Verjährung

Sie können Ihre Ansprüche aus Ihrem Versicherungsvertrag innerhalb von 3 Jahren ab Fälligkeit der Leistung geltend machen. Danach tritt Verjährung ein. Steht der Anspruch einem anderen zu, so beginnt die Verjährung zu laufen, sobald diesem sein Recht auf die Leistung bekannt geworden ist. Ist ihm sein Recht nicht bekannt geworden, so verjähren seine Ansprüche erst nach 10 Jahren ab Fälligkeit der Leistung.

§ 17 Vertragsgrundlagen

Vertragsgrundlagen sind Ihr Antrag, die Versicherungsurkunde mit der Beilagen "Rechnungsgrundlagen und Kosten" sowie sonstiger Anlagen, der dem Vertrag zugrunde liegende Tarif und die Versicherungsbedingungen.

§ 18 Anwendbares Recht

Dieser Vertrag unterliegt österreichischem Recht ohne die Verweisungsnormen des österreichischen internationalen Privatrechts.

§ 19 Aufsichtsbehörde

Der Versicherer und der diesem Versicherungsvertrag zugrunde liegende Tarif unterliegen der Kontrolle und Aufsicht durch die Finanzmarktaufsicht (FMA), A-1020 Wien, Praterstraße 23.

§ 20 Erfüllungsort

Erfüllungsort für die Versicherungsleistung ist die Generaldirektion des Versicherers.

§ 21 Kapitalwahlrecht

(1) Anstelle der Rentenzahlung kann im Erlebensfall eine einmalige Kapitalleistung in Anspruch genommen werden (Kapitaloption). In diesem Fall leisten wir den jeweils höheren Betrag aus dem zum maßgeblichen Bewertungsstichtag (§ 9) vorhandenen Geldwert der Deckungsrückstellung und der Garantieleistung gemäß § 6.

(2) Der Antrag auf Inanspruchnahme der Kapitaloption muss dem Versicherer spätestens einen Monat vor Fälligkeit der ersten Rente zugehen.

(3) Nach Beginn der Rentenzahlung ist eine Kapitalablöse nicht mehr möglich.

Auszug aus dem Versicherungsvertragsgesetz (VersVG):

BGBI. Nr. 2/1959 in der Fassung BGBI. I Nr. 95/2006

§ 176 Absatz 5:

Wird eine kapitalbildende Lebensversicherung vor dem Ablauf von fünf Jahren oder einer vereinbarten kürzeren Laufzeit beendet, so dürfen bei der Berechnung des Rückkaufswerts die rechnerisch einmaligen Abschlusskosten höchstens mit jenem Anteil berücksichtigt werden, der dem Verhältnis zwischen der tatsächlichen Laufzeit und dem Zeitraum von fünf Jahren oder der vereinbarten kürzeren Laufzeit entspricht. Ebenso sind diese Kosten bei der Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung für die Berechnung der Grundlage der prämienfreien Versicherungsleistung höchstens nach dem Verhältnis zwischen der tatsächlichen Prämienzahlungsdauer und dem Zeitraum von fünf Jahren oder einer vereinbarten kürzeren Prämienzahlungsdauer zu berücksichtigen.